



ÖSTERREICH ANDERS REGIEREN.

Unser Vertrag mit den Bürgerinnen & Bürgern.



Unser Vertrag mit den Bürgerinnen & Bürgern.

Österreich ist ein wohlhabendes Land, eines der sozialsten Länder der Erde. Wir sind am Sprung zur Vollbeschäftigung und haben eine der höchsten Beschäftigungsraten der EU. Wir sind stolz auf die Sicherheit im Land und haben eines der besten Gesundheitssysteme der Welt. Umweltschutz ist in Österreich auf sehr hohem Niveau gesichert. Aber steigende Ölpreise, die internationale Finanzkrise und der schwache Dollar schicken das Wachstum weltweit auf Talfahrt. Österreich kann sich von diesen Entwicklungen nicht abkoppeln. Fahrlässig wäre es, sie zu ignorieren. Bislang haben wir es durch umsichtiges Handeln geschafft, dass unser Land von den negativen Auswirkungen viel weniger betroffen ist als andere.

Faktum ist: Unser Land steht vor großen Herausforderungen. Wir brauchen eine Politik der Verlässlichkeit und Verantwortung, um Österreich auf Kurs zu halten. Das alte Modell der großen Koalition war dazu nicht mehr in der Lage. Dauernder Streit und das schwere Erbe versprochener, dann aber gebrochener Wahlversprechen des Regierungspartners haben die Sicht auf die wirklichen Probleme des Landes verstellt und gute Lösungen verhindert. Das hat die Politik in eine Vertrauenskrise gestürzt. Viele Menschen vermissen grundsätzliche Klarheit und vertrauenswürdige Konzepte. Die Österreichische Volkspartei will allen Österreicherinnen und Österreichern ein solches Konzept anbieten. Es soll verlässliche, machbare und glaubwürdige Lösungen für eine erfolgreiche Zukunft Österreichs aufzeigen und das Vertrauen in die Politik wieder herstellen. Mit unserem Wahlprogramm haben wir vorgelegt, was wir tun wollen. Mit diesem Vertrag sagen wir auch, wie wir es tun wollen. **Wir verpflichten uns, Österreich anders zu regieren.**

Anders regieren bedeutet, es braucht eine neue Form des Regierens. Als Zeichen der Bereitschaft, neue Wege in der Politik zu gehen, legen wir mit diesem Vertrag ein Angebot vor, wie sich die Volkspartei in einer neuen Regierung für Österreich verhalten wird.

Wir stehen mit unserem Namen und unserer Unterschrift für die Einhaltung dieses Vertrags. Mit Ihrer Stimme können Sie für seine Umsetzung beitragen. Natürlich bedeutet Regierungsbildung auch, dass am Beginn ein Kompromiss mit dem Partner zustande kommen muss. Aber: Mit dem vorliegenden Vertrag garantieren wir, dass wir mit Sicherheit in keine Regierung eintreten, in der nicht zumindest drei Viertel der Punkte im Koalitionsabkommen verankert werden.


Mag. Wilhelm Molterer



Wir verpflichten uns zu einer sachlichen, lösungsorientierten und transparenten Regierungsarbeit, zu einer neuen Form der Zusammenarbeit der Parlamentsfraktionen und zu mehr Bürgernähe im Regierungshandeln.

1. Ein **Weisenrat** wird die Einhaltung dieses Vertrages garantieren und sicherstellen, dass die Punkte, zu denen wir uns verpflichten, sich konkret in unserem Handeln wiederfinden.
2. Mit der Einrichtung einer **Standort-Kommission**, in die erfahrene Personen aus Wirtschaft und Wissenschaft berufen werden, schaffen wir eine Instanz, die der Regierung rechtzeitig Hinweise auf wirtschaftspolitische Notwendigkeiten gibt.
3. Wir werden das **Regierungsprogramm** in Form von Projekten samt konkreten Umsetzungszeitpunkten formulieren. Damit wird der Erfolg der Regierung nachprüfbar und sichtbar.
4. Bürgernähe beim Wort genommen, heißt für uns, dass wir in die Regierungserklärung des Bundeskanzlers die besten Themen, die von Bürgerinnen und Bürgern genannt werden, aufnehmen werden. Zu diesem Zweck wird eine eigene Internetplattform „**Österreich mit-regieren**“ eingerichtet. Bürgerinnen und Bürger sollen die Möglichkeit haben, ihre Ideen in die Regierungserklärung einbringen zu können. Diese werden bewertet, ausgewählt und die besten werden sich in der Regierungserklärung wiederfinden.
5. Die Regierung wird in Zukunft nicht nur in Wien, sondern auch in den Landeshauptstädten zum Ministerrat zusammentreten. Vertreter des Landes werden dazu eingeladen, um gemeinsam vor Ort auch Landesthemen zu besprechen.
6. Für diese Tage in den Bundesländern wird gleichzeitig ein **Bürgerinnen- und Bürgertag** der Bundesregierung eingeführt. Damit bieten wir allen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, in Art eines Sprechtages Anliegen persönlich und direkt bei den Mitgliedern der Bundesregierung anzusprechen.
7. Im Jänner jedes Jahres präsentieren Bundeskanzler und Vizekanzler gemeinsam im Parlament öffentlich den **Jahresarbeitsplan** der Bundesregierung.
8. Jedes **Mitglied der Bundesregierung** legt dem Ministerrat **halbjährlich Bilanz** über die Tätigkeit in seinem Ressort.
9. In einer öffentlichen Präsentation der Jahreserfolgsbilanz vor Weihnachten legen Bundeskanzler und Vizekanzler gemeinsam im Parlament **jährlich Rechenschaft** über die Arbeit der Bundesregierung ab.
10. Die **Unterschrift jeder/jedes Abgeordneten der Regierungsfractionen unter dem Regierungsprogramm** als Zeichen der Unterstützung des Programms schafft eine gemeinsame Arbeitsgrundlage für die Regierungspartner in der Bundesregierung sowie im Parlament.
11. Die **Minister** der Regierungsparteien stellen sich Diskussionen und Aussprachen im jeweils anderen Parlamentsklub.
12. Die **parlamentarische Arbeit** wird stärker einer breiteren **Öffentlichkeit** zugänglich gemacht, z.B. dadurch, dass mehr parlamentarische Ausschüsse öffentlich tagen.
13. Die Klubobleute der Regierungsfractionen erstellen einen Verhaltenskodex für den Umgang der Parlamentarier untereinander (z.B. in Plenardebatten), dem sich anzuschließen allen Parlamentsfraktionen offensteht.
14. Halbjährliche Runde Tische der gesamten Regierung mit NGOs – thematisch gegliedert – stehen für den Dialog zwischen dem Staat und der Bürgergesellschaft. Die aus diesem Dialog entstehenden Vorschläge sollen von Experten auf Machbarkeit geprüft und in die Regierungsarbeit eingebracht werden.
15. Wir werden den Dialog mit den Bürgern über die Europäische Union, ihre Vorteile für Österreich, konkrete Fragen und Probleme der Bürger massiv verstärken. Minister werden in regelmäßigen EU-Bürgerforen Rede und Antwort stehen. Die Bundesregierung soll auch eine intensive Informationsarbeit in den Medien über die gesamte Regierungsperiode hinweg starten. Auch der öffentlich-rechtliche ORF soll im Radio und Fernsehen seine EU-Berichterstattung ausbauen.